



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/VIII/265 - 13.11.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Das Ende der grossen Koalition in Berlin	S. 1
Das Phänomen McCarthy	S. 3
Die Krebsbekämpfung in Nordrhein-Westfalen	S. 5
<u>Anhang</u> : Tagung des Parteivorstandes	

Mit gedämpftem Trommelklang

W.W. Berlin

Das Bedauern darüber, dass es nun trotz redlicher Bemühungen doch nicht möglich geworden ist, die Zusammenarbeit der drei Parteien des Berliner Abgeordnetenhauses im Senat fortzusetzen, dürfte - ausgenommen einige politische Theoretiker - allgemein in der Berliner Bevölkerung sein. Mehr noch: auch ausserhalb Berlins wird kaum jemand Genugtuung darüber empfinden, dass nun auf der Insel Berlin die Sozialdemokratie - über deren Bedeutung und Verdienste im Berliner Freiheitskampf es in keinem politischen Lager Streit geben dürfte - von der verantwortlichen Regierungsarbeit ausgeschaltet ist und in Opposition zum neuen Berliner Senat steht.

Wenn irgendwo eine Regierung des Bürgerblocks Bedenken für die demokratische Entwicklung rechtfertigt, dann in Berlin. Hier sind alle Bürger, gleich, zu welchem Stand sie sich zählen, ständig von der Sorge um die Sicherung der Freiheit des einzelnen und der Gemeinschaft beherrscht. Nun ist gewiss Berlin im Moment nach der Aufspaltung der Parteien in Regierung und Opposition nicht mehr gefährdet als bisher. Jedoch ist zu befürchten, dass sich aus dieser Aufspaltung der politischen Kräfte ein Riss bildet, der die Abwehrkraft Berlins schwächt.

Dass solche Bedenken in allen drei Parteien vorhanden sind, bewies die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses, die nach viermaliger Vertagung schliesslich statt um 13 Uhr erst abends um

19.30 Uhr eröffnet wurde. Sowohl aus der Erklärung des Regierenden Bürgermeisters als auch aus den Reden der drei Fraktionsvorsitzenden klang deutlich das Bedauern darüber heraus, dass es trotz aller Verhandlungen der letzten Wochen nicht gelungen ist, einen neuen Berliner Senat in der gleichen politischen Zusammensetzung zu bilden, wie er bis zum Tode Ernst Reuters bestanden hat. Jede der gestern gehaltenen Reden kann überschrieben werden: "Es geht mit gedämpftem Trommelklang".

So richtig zweifellos der gestern zum wiederholten Male geprägte Satz ist, dass schliesslich jede Partei ihr Gesicht wahren und dem Willen ihrer Wähler entsprechen muss, keine also einer anderen unzumutbare Bedingungen für die weitere Zusammenarbeit stellen dürfte, so zweifelhaft ist andererseits, ob tatsächlich alle Parteien mit der gleichen Berechtigung sich auf die Politik Ernst Reuters berufen konnten. Es steht nun einmal fest, dass CDU und FDP den Tod Ernst Reuters zum Anlass nahmen, mit Hilfe ihrer Fünfstimmenmehrheit der SPD als der weitaus stärksten Partei des Abgeordnetenhauses die Führung im Senat zu nehmen. Hieraus aber resultierten letztendlich all die Schwierigkeiten, die sich während der letzten Wochen in den Besprechungen um die Neubildung des Senats ergeben haben.

Der gestern gewählte und vereidigte Senat von Berlin ist vorerst nur ein Rumpfsenat. Die bisher von Beauftragten der SPD geführten Senatsverwaltungen blieben unbesetzt. Zweifellos wollte der Regierende Bürgermeister Dr. Schreiber, indem er für diese Verwaltungen keine Senatoren benannte, die Möglichkeit offen lassen, dass sie doch noch von Vertretern der SPD besetzt werden. Die Chancen dafür dürften allerdings nicht sehr gross sein. Es sei denn, die jetzige Regierungskoalition bietet der SPD die von ihr verlangten, bisher aber nicht zugestandenen sachlichen, aber auch personellen Sicherungen für eine vorbehaltlose Fortführung der Regierung Berlins im Sinne des verstorbenen Regierenden Bürgermeisters Ernst Reuter.

Der Braunauer vom Mississippi

hi, Amerikas umstrittenster Mann! McCarthy wirft Zigarren zum Fenster hinaus! Greift McCarthy nach Europa? Wachstumskrise Amerikas! McCarthy: Symptom einer Zeitwende! Nach Auseinandersetzung mit McCarthy versetzt! Einstein ruft zum Boykott der Untersuchungsausschüsse auf! Der Hexenjäger! Scharlatan auf der politischen Bühne! So und ähnlich lauten die Schlagzeilen der deutschen Zeitungen und wenn man noch des weiteren in Betracht zieht, wie sehr sich die gesamte Welt-presse mit den Exzessen McCarthys beschäftigt, dann muß der McCarthyismus unbedingt als internationales Problem angesehen werden. McCarthy und seine Freunde sind schon deshalb keine innenpolitische Angelegenheit Amerikas mehr, weil die braunen Schatten dieses "Inquisitors mit Kaugummi" auch Europa zu verdunkeln drohen und er hier naturgemäß bei manchen "Gesinnungsfreunden" viel Sympathie findet.

Als wichtiges Rüstzeug für diese für die freiheitliche Entwicklung der Welt lebensnotwendige Auseinandersetzung kann das in diesen Tagen erscheinende Buch "McCarthy" bezeichnet werden und man muß es dem jungen "Akros-Verlag", Hamburg danken, daß er dieses zuerst bei Gollancz erschienene Werk den deutschen Lesern zugänglich gemacht hat.

Die Frage, ob man überhaupt von einem McCarthyismus sprechen kann, muß beklagenswerterweise bejaht werden, denn diese Un-Geistesrichtung ist ja gerade deshalb so gefährlich, weil ihre Vorder- und Hintermänner mit der gleichen Demagogie und derselben Hemmungslosigkeit ihr Ziel verfolgen, wie dies die "großen" faschistischen Vorbilder in Europa taten.

Der "Braunauer vom Inn" wäre wahrscheinlich sein Leben lang ein unbedeutender "spinneter Hund" geblieben, - wie ihn seine Regimentkameraden nannten - ("Adolf Hitler" von Walter Görnitz, Steingraben-Verlag, Stuttgart), wenn ihn nicht die Reichswehr als "Bildungsoffizier" für Spitzeldienste verwendet hätte; wenn seine Tischgesellschaft nicht von reaktionären Kreisen gefördert worden wäre; wenn es keinen Hindenburg und Hugenberg gegeben hätte und wenn man den Feinden der Demokratie nicht demokratische Freiheiten gewährt hätte.

Es wäre oberflächlich, wollte man McCarthy schematisch mit

Hitler vergleichen. Sowohl die Startvoraussetzungen dieser antidemokratischen Stierkämpfer als auch ihre persönliche Entwicklung sind so verschieden wie schwarz und weiß. Aber ebenso verfehlt wäre es, die Gleichheit der angewandten braunen Methoden - die Methoden der skrupellosen Demagogie, der bewußten Diskriminierung Andersdenkender, des Feinden- und Intellektuellenhasses, des Werbens um alle Schichten der Bevölkerung, den mit den schmutzigsten Mitteln geführten Kampf gegen unliebsame Persönlichkeiten, die Verleumdung aller Freunde der Freiheit als Kommunisten - zu übersehen.

Wenn McCarthy nicht so einflußreiche Freunde aus dem Wirtschaftsleben gehabt hätte, von denen er gefördert wurde, dann wäre er heute noch Präsident des 7. Distrikts des Jungdemokratischen Klubs von Wisconsin. Seine Skrupellosigkeit und Demagogie, gemixt mit einer kräftigen Portion Ehrgeiz, hätte kaum genügt, zum gefürchtetsten und zu einem der einflußreichsten Männer der USA zu werden. Hier mußten schon verschiedene Organisationen, Komitees, Zeitungsverleger und Rundfunkkommentatoren helfend eingreifen. Die "Harzburger Front" Amerikas - wir wollen diesen Vergleich mit gewissen notwendigen Einschränkungen gebrauchen - setzt sich aus den "Jungen Republikanern", Teilen der Republikanischen Partei, der Amerikanischen Legion und der "American Action" zusammen. Finanziell wird zum Beispiel die letztgenannte Gruppe - um nur einen Namen zu nennen - von Lamont du Pont, Direktor der Firma E.I. du Pont de Nemours unterstützt. Hier drängen sich doch zwangsläufig Vergleiche zur seinerzeitigen Förderung Hitlers durch die deutsche Industrie auf. Es war auch sicherlich kein Zufall, daß sich McCarthy im Kongreß für die Interessen der Pepsi-Cola Company einsetzte, was ihm auch den Spitznamen "Pepsi-Cola Kid" eintrug. Seine Sympathie für Tschang Kai-schek sind ebenfalls in kommerziellen Hintergründen zu suchen.

Im übrigen ist es bemerkenswert, daß der zu einem persönlichen und politischen Komplex entwickelte Antikommunismus für McCarthy ursprünglich nichts anderes als ein Wahlschlager war. Diese Art des Antibolschewismus - die für die kommunistische Propaganda eine wertvolle Hilfe ist - macht sich für McCarthy auch bezahlt. Sein Jahreseinkommen stieg von 1.055.00 Dollar im Jahr 1939 auf 22.025.00 Dollar im Jahre 1950.

Doch ebensowenig wie man die bolschewistische Diktatur in Rußland und dessen Satellitenstaaten mit den Völkern dieser Länder gleichstellen kann und jede Hetze gegen die "Slawen" und "Asiaten" entschieden ablehnen muß, ebensowenig wäre es angebracht, McCarthy und seine Clique mit Amerika zu identifizieren. Neben diesen blindwütigen Feinden der Demokratie gibt es das Amerika der beinahe 27 Millionen Wähler, die sich bei den letzten Wahlen für die Demokratische Partei und Stevenson ausgesprochen haben und es gibt das Amerika der 17 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten. - Es ist dies jenes Amerika, das unermüdlich kämpft, Präsidenten Eisenhower aus der Gefangenschaft McCarthys und anderer Reaktionäre zu befreien. - Ein Kampf, von dessen Erfolg oder Niederlage unter Umständen Krieg und Frieden und damit das Schicksal Europas und der Welt abhängen kann.

(Jack Anderson und Ronald May: "McCarthy", Akros Verlag GmbH, Hamburg, 361 Seiten)

+ + +

Krebsbekämpfung, eine vorbildliche Leistung Nordrhein-Westfalens

rw - Düsseldorf

Man kommt in Verlegenheit, wenn man große soziale Leistungen des Landes Nordrhein-Westfalen aufzählen soll. Aber in einem Punkt kann man ein rückhaltloses Lob austeilen: Für die bisher geleistete und für die noch geplante Arbeit der Krebsbekämpfung in Nordrhein-Westfalen. Seit fünf Jahren sind die offiziellen Krebsberatungsstellen tätig. Die gewonnenen Erfahrungen lassen erkennen, in welchem Ausmaß Hilfe hier möglich ist, wenn die nötige Entschlußkraft und die nötigen Mittel aufgebracht werden. Es läßt sich heute bereits sagen, daß nur ein geringer Bruchteil der Krebskranken zu sterben brauchte, wenn frühzeitig zu ihren Gunsten eingegriffen würde.

Etwa jeder fünfte Mensch stirbt in Nordrhein-Westfalen an Krebs. Das wird in den anderen Bundesländern auch nicht wesentlich anders sein. Die meisten Todesfälle an Krebs liegen im Alter zwischen 35 und 65 Jahren. Die Kranken werden also mitten aus einem arbeitsreichen Leben gerissen. Von den 25000 wußten nur die wenigsten, daß sie

krebserkrank waren. Als ihr Leiden aufbrach, hatte es bereits einen Grad erreicht, bei dem Rettung unmöglich ist.

Auf den Grad kommt es an. Krebs ist heilbar, wenn er im frühen Stadium entdeckt wird, er ist sozusagen ungefährlich, wenn die Entdeckung gleich in den ersten Tagen geschieht. Die gefährlichsten Krebsformen, wie Leberkrebs, Nierenkrebs usw., sind meist nur Tochterkrebs von Erkrankungsstellen, die der Beobachtung zugänglicher sind.

130 Beratungsstellen

Gegenwärtig arbeiten in Nordrhein-Westfalen 130 Beratungsstellen. Die Zahl richtet sich ganz nach den Anforderungen, die von der Bevölkerung her an diese Stellen gerichtet werden. Zur Zeit suchen jährlich etwa 70000 Menschen die Beratungsstellen auf. Bei den Untersuchungen wird im Durchschnitt bei rd. 1,5 Prozent Krebs entdeckt, d.h. jährlich wird etwa 1000 Personen gesagt, daß sie krebserkrank sind. Die meisten davon haben das Glück, daß sich das Krebsgeschwür gerade im Anfangsstadium der Entwicklung befindet, bei etwa 600 Personen von den 1000 zwischen dem dritten und dem achten Tag der Erkrankung. Irgendwie haben diese Menschen eine leichte Veränderung ihres Gesamtzustandes bemerkt, irgendwie haben leichte Anzeichen darauf hingedeutet, daß nicht alles in Ordnung sein könnte. Vielleicht waren es Magen- oder Darmschmerzen, die nicht weggehen wollten, vielleicht eine anhaltende Heiserkeit, vielleicht etwas Blut im Stuhl usw. Diese im Frühstadium entdeckten Fälle sind mindestens zu 80 Prozent, nach Ansicht namhafter Wissenschaftler sogar zu 100 Prozent heilbar. Auch bei den anderen 400 Personen von 1000 braucht es nicht zu spät zu sein, je nachdem, bei welchem Entwicklungsgrad die Krankheit entdeckt wurde. Keine Rettung aber gibt es im Schnitt der Fälle für diejenigen, die zu spät in die Hand des Arztes kommen. Und das sind von den jährlich 25000 Neumeldungen von Krebs rd. 24000, gerade jene 24000 etwa, die nicht durch die Krebsberatungsstellen entdeckt worden sind.

Aufklärung der Bevölkerung notwendig

Das Ziel kann demnach nur darin bestehen, daß sich jeder meldet, der glaubt, daß irgendein störendes Moment sich in seiner Gesundheit bemerkbar macht - und in der intensivsten Aufklärung der Bevölkerung über den Charakter und die frühesten Anzeichen des Krebses. Werden

dam die Beratungsstellen der Nachfrage entsprechend vermehrt und kommt die Bevölkerung eher zu früh als zu spät, dann würde der Anteil des Krebses an den Todesursachen rasch sinken und fast ganz verschwinden. Das nordrhein-westfälische Beispiel hat jedenfalls die Grundlage für eine solche Prognose geschaffen.

Nachdem man so für die Frühdiagnose den Grundstein gelegt hatte, war in Nordrhein-Westfalen aber auch die günstige Atmosphäre für die Erforschung der besten Behandlungsmethoden des Krebses gegeben. Das Land hat, vor allen auf parlamentarische Initiative hin, eine Zentralstelle für die Krebsbekämpfung geschaffen, die zwölf Krebs-Stationen an den Universitätskliniken und an ausgewählten großen Krankenhäusern betreut, deren Ergebnisse und Erfahrungen sammelt, die internationale wissenschaftliche Literatur verfolgt, neu auftauchende Krebsheilmittel prüft, alle gewonnenen Erfahrungen in Grundsätze und Anweisungen umwandelt und so ein Mittelpunkt der systematischen Krebsforschung und -therapie wird. Die Ergebnisse dieser Kerninstitution sollen dann allen Ärzten und Krankenhäusern und damit auch den Kranken zugute kommen.

+ + +

Der politische Rausch

Die dpa verbreitete dieser Tage die folgende Meldung:

"Bei einer Tanzveranstaltung entfalteten ein Oberjäger des Bundesgrenzschutzes und ein Schlachtergeselle eine über zwei Meter lange und einen Meter breite Hakenkreuzfahne auf der Bühne eines Gasthauses in Bergen im Landkreis Celle. Ein anderer stellte sich mit einer Hitlerbüste auf dem Kopf hinter die Fahne. Die drei sollen angetrunken gewesen sein. Fahne und Büste wurden polizeilich sichergestellt".

Es scheint sich hier um eine sehr erstaunliche Trunkenheit gehandelt zu haben, denn an sich ist es nicht mehr landesüblich, zu Gasthausbesuchen eine "zwei Meter lange und einen Meter breite Hakenkreuzfahne" mitzunehmen. Auch Hitlerbüsten gehören im allgemeinen nicht zu den Inventaren deutscher Gastwirtschaften.

Sollte es sich hier vielleicht um keinen alkoholischen, sondern um einen politischen Rausch gehandelt haben? Wenn ja, dann wäre allerdings eine gründliche Kräutlerang notwendig, mit der sich auch die vorgesetzte Stelle des Grenzschutz-Oberjägers beschäftigen sollte.

Verantwortlich: Peter Raunau

K o m m u n i q u é

An Donnerstag und Freitag tagte in Bonn der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Im Rahmen eines allgemeinen politischen Berichtes ging der Vorsitzende, Erich Ollenhauer, vor allem auf die Fragen ein, die durch die Anberaumung der Konferenz auf den Bermuda-Inseln Anfang Dezember aufgeworfen worden sind.

Der Entschluss der Westmächte, unter sich Überlegungen darüber anzustellen, wie man nach der letzten, vorwiegend negativen Note der Sowjets weiter vorgehen soll, sei, so sagte Ollenhauer, verständlich. Man sei aber damit gleichzeitig an einem sehr ernstem Entwicklungspunkt der internationalen Situation angekommen. Ohne dass man die Lage zu dramatisieren brauche, müsse doch mit Nachdruck davor gewarnt werden, nun endgültige negative Feststellungen und Schlussfolgerungen im Hinblick auf die spätere Möglichkeit einer Viermächte-Konferenz zu treffen. Der Vorstand der SPD war sich in dieser Auffassung vollkommen einig.

Einen weiteren Punkt der Beratungen bildete die Saarfrage, in der nach übereinstimmender Ansicht gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt größte Wachsamkeit notwendig sei, im Sinne der unbedingten Einhaltung der Bundestagsbeschlüsse vom Juli dieses Jahres, die sich gegen jede politische Abtrennung des Saargebietes von Deutschland und die Vorwegnahme von Entscheidungen wandten, welche nur in einem Friedensvertrag getroffen werden können.

Die Sozialdemokratische Partei wird in nächster Zeit die erste Zusammenkunft eines Arbeitskreises für Fragen der europäischen Zusammenarbeit veranstalten, der sich mit den aus der Europapolitik der SPD ergebenden Fragen und mit konkreten Einzelproblemen auf diesem Gebiet befassen wird.

Teilnehmer dieser ersten Tagung werden u.a. sein die sozialdemokratischen Abgeordneten im Europa-Rat und in der Montan-Union, sowie Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben und den freien Organisationen, die besondere Berührung mit Fragen der europäischen

Zusammenarbeit haben.

Es ist beabsichtigt, im Anschluss an diese Tagung auch in einzelnen Orten und Gebieten, in denen ein besonderes Interesse dafür besteht, Arbeitskreise dieser Art ins Leben zu rufen.

Eine Diskussion über die politische Entwicklung in Hamburg und Berlin schloss sich an.

Der Freitagvormittag galt vornehmlich Überlegungen zur Intensivierung der Pressarbeit in der Sozialdemokratischen Partei. Hierzu wurden führende sozialdemokratische Sachverständige gehört. Das Vorstandsmitglied Fritz Heine erläuterte eine Reihe von Vorschlägen und Entwürfen.

Bericht über die Parteitage der österreichischen und der belgischen Sozialistischen Parteien erstatteten Herta Gotthelf und Willi Eichler.

Die nächste Vorstandssitzung ist für den 11. und 12. Dezember vorgesehen.

+ + +